

SOLIDARITÄT DER DEMOKRATEN

Was für eine "Solidarität" ist gemeint, wenn Barzel dieses Wort in den Mund nimmt? Solidarität welcher "Demokraten" - etwa der "Demokraten", die tagtäglich neue Angriffe auf das Grundgesetz starten, die tagtäglich die Rechte der Bevölkerung beschneiden?

Welcher 'Demokraten'?

Etwa vom Schlage Strauss und Barzel...

Das Rechtskartell formiert sich und, es bietet den Liberalen und rechten Sozialdemokraten Zusammenarbeit an. Selbst wenn man in ausenpolitischen Fragen noch uneins ist, im Kampf gegen "Linksaußen" schließen sich die im Bundestag vertretenen Parteien immer mehr zusammen. Wer aber profitiert von dieser Zusammenarbeit? Doch nur die Rechtskräfte mit der CDU/CSU an der Spitze!

"Eine Zusammenarbeit mit rechts, das hat die Geschichte bewiesen, schlägt nur für die reaktionären Kräfte zu Buche. Sie war und ist stets zum Schaden der werktätigen Bevölkerung." (DKP-Pressedienst vom 22. 10. 1971)

Dagegen gilt es zu kämpfen mit einer klaren Perspektive:

- Mitbestimmung und Kontrolle der werktätigen Bevölkerung auf allen Ebenen der Gesellschaft
- eine Wirtschaftspolitik, die nicht am Profit des Großkapitals orientiert ist, sondern ausschließlich an den Interessen der arbeitenden Menschen
- Wissenschaft und Technik, die nicht der Rüstungsindustrie, sondern dem Frieden, dem Wohle unseres Volkes dienen
- ein Bildungswesen, in dem reale Chancengleichheit für die Werktätigen und ihre Kinder besteht.

Das sind Forderungen, für jedermann einsehbar, Forderungen, die im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung liegen. Forderungen, die die Deutsche Kommunistische Partei in ihren Programmen, so auch in dem Thesenentwurf zu ihrem II. Parteitag (am 25.-28. 11. in Düsseldorf) aufgestellt hat. Forderungen, die nur in der Zusammenarbeit aller Demokraten, den Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen fortschrittlichen Kräften durchgesetzt werden können - gegen Barzel, Strauß und die Interessen der Monopole.

Diese Zusammenarbeit fürchten eben Barzel und Strauß, aber auch die rechten Sozialdemokraten. Sie versuchen, die DKP, als konsequenteste Verfechterin einer Demokratisierung der Gesellschaft, zu isolieren. Wüste Hetze, verleumderische Lügen, demagogische Verdrehungen, das sind die Mittel, durch die der Bevölkerung von Verfassungsfeinden klargemacht werden soll, daß die DKP gegen die Verfassung "wühle". So soll ein Verbot der Partei, die am konsequentesten für die Erhaltung der Verfassung kämpft, vorbereitet werden.

... oder Benda ?

Und was, wenn eine demokratische Öffentlichkeit dieses Manöver in seiner Konsequenz für alle Demokraten erkennt, was, wenn dieser Versuch nicht auf legalem Weg durchgesetzt werden kann? Darauf antwortete Ernst Benda (im "Deutschen Fernsehen" am 25. 10. 1971):

"Wenn man das Ziel, das ich politisch erreichen möchte, aufgrund der heute geltenden Rechtslage nicht erreichen kann, sollten die

politisch Verantwortlichen sich zusammensetzen und überlegen, in welcher Weise man die rechtlichen Regelungen so ändern kann, und dies halte ich für möglich, daß man dieses Ziel erreicht."

Vor nichts mehr schreckt die Reaktion zurück, um ihre Ziele durchzusetzen; nicht vor der Forderung nach einem offenen Bruch des Grundgesetzes, welches die Benachteiligung und Verfolgung politischer Meinungen und weltanschauungen ausdrücklich verbietet.

Benda, der frühere Innenminister, der zu den Einpeitschern der Notstandsgesetze gehörte und der NPD die Straße freiprügeln ließ, für den aktive Gewerkschaften verbotswürdig sind; Benda, einer der Scharfmacher der Rechten, ein geschworener Feind der die Entspannung in Europa fördernden Verträge von Moskau und Warschau; ein Mann, der sich durch sein antidemokratisches Wirken selbst disqualifiziert hat; dieser Mann soll zum Präsident des Bundesverfassungsgericht gemacht werden.

Nein!

Üben wir Solidarität mit Holzer, Henne, Laux...!

Diese Kandidatur ist ein Alarmsignal für alle fortschrittlichen Kräfte: denn nicht nur gegen die DKP richten sich die Angriffe, sondern gegen alle mit der DKP zusammenarbeitenden Organisationen wie dem MSB SPARTAKUS und der SDAJ, schließlich aber gegen alle Demokraten.

Mitte des Jahres, kurz nach der Konstituierung des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS, startete Springers "Welt" und "Hamburger Abendblatt", begleitet von Anfragen im Bundestag und der Hamburger Bürgerschaft, eine Hetzkampagne gegen den SPARTAKUS. Der MSB hatte sich immer mehr als konsequenter Interessenvertreter der Studenten gezeigt und damit Ansehen und Einfluß in der Studentenschaft gewonnen. Das zeigte sich an dem schnellen Wachstum der MSB-Gruppen, aber auch an den Erfolgen bei den SP-Wahlen in den verschiedenen Hochschulen.

Springers Methode: Diffamierung, Verleumdung, Kriminalisierung, der Versuch, auch den SPARTAKUS von allen demokratischen Studenten zu isolieren und Maßnahmen, wie die gegen Marion Nürnberg zu rechtfertigen. Marion Nürnberg, einem Mitglied des MSB SPARTAKUS, wurde die Einstellung in den rheinland-pfälzischen Schuldienst verweigert mit der Begründung, sie habe bei SP-Wahlen an der PH Koblenz für den MSB kandidiert. Hier zeigt sich deutlich: die Kampagne gegen den SPARTAKUS richtet sich gegen alle demokratischen Kräfte an den Hochschulen. Das Ziel ist nicht nur die Zerschlagung des SPARTAKUS, das Ziel ist die Zerschlagung der Organe der studentischen Selbstverwaltung, von Fachschaftsräten, ASTen und vds. Dagegen gilt es mit vereinten Kräften, im Bündnis aller fortschrittlichen Kräfte an den Hochschulen zu kämpfen.

teach-in

Freitag, 12. 11. , 19 Uhr Audimax

Treten wir den Angriffen der Reaktion geschlossen entgegen!
Fordern wir die Einstellung von HOLZER, HENNE, LAUX...!
Machen wir die Veranstaltung am Freitag zu einer machtvollen
Demonstration unserer Solidarität!

**'Für wen gilt das Grundgesetz ?
Holzer, Henne, Laux wer ist der Nächste ?'**

Verntw.: Wolfgang Schmidt

Druck: Eigendruck
Datum: 10.11.1971